

## Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail [info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org), Internet <http://www.paritaet.org>

### Paritätischer fordert Korrekturen beim Gesundheitsfonds

Der Paritätische Wohlfahrtsverband bekräftigte angesichts der Einführung des Gesundheitsfonds seine Forderung nach einer Bürgerversicherung. Es könne nicht sein, dass weitere Beitragserhöhungen zur Finanzierung von »Überbürokratie« beschlossen werden, nur weil die Große Koalition ihr Gesicht wahren wolle, kritisierte die Verbandsvorsitzende Heidi Merk. Angesichts steigender Lebenshaltungs- und Energiekosten seien weitere Belastungen eine Zumutung für die Menschen und politisch nicht verantwortbar. Den erheblichen Kosten des Gesundheitsfonds stünde keinerlei erkennbarer Nutzen gegenüber, so Merk. »Wir brauchen ein solidarisches, leistungsfähiges und gerechtes Gesundheitssystem«, betont die Verbandsvorsitzende, »kein gesundheitspolitisches Stückwerk.« Der Paritätische bekräftigt auch seine Forderung nach einer deutlichen Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

*Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail [info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org), Internet <http://www.paritaet.org>*

### Sozialhilfeausgaben steigen auf netto 18,8 Milliarden Euro

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes haben im Jahr 2007 die Ausgaben für Sozialhilfeleistungen (SGB XII) in Deutschland brutto 21,1 Milliarden Euro betragen. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zufließen, betrugen die Sozialhilfeausgaben netto 18,8 Milliarden Euro; dies waren 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Mit 10,6 Milliarden Euro entfiel wie in den Vorjahren der mit Abstand größte Teil der Sozialhilfeausgaben (57%) auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Im Vergleich zu 2006 stiegen die Ausgaben für diese Hilfeart um 0,9 Prozent.

*Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail [info@destatis.de](mailto:info@destatis.de), Internet <http://www.destatis.de>*

### Bürgerschaftliches Engagement erwirtschaftet hohe Rendite

Jeder in bürgerschaftliches Engagement investierte Euro erbringt einen Nutzen in Höhe von sieben Euro. Das ist ein Ergebnis eines Gutachtens zum Wert des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern. Die Studie wurde von der Katholischen Stiftungsfachhochschule München im Auftrag des Bayerischen Sozialministeriums erstellt. Untersucht wurden verschiedene Felder des Engagements, von der Nachbarschaftshilfe und Beratungsdiensten über Selbsthilfegruppen bis hin zu kulturellem Engagement und freiwilliger Feuerwehr. Das Gutachten empfiehlt vor allem den Ausbau von verlässlichen Infrastrukturen zur Engagementförderung vor Ort wie beispielsweise Freiwilligenagenturen. Das Gutachten ist kostenlos im Internet verfügbar.

*Internet <http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/lehrenamt/wertgutachten.htm>*

### Krankenkassen fördern Selbsthilfe mit rund 40 Millionen Euro

Für jeden ihrer Versicherten müssen die gesetzlichen Krankenkassen in diesem Jahr 0,56 Euro für die Förderung der Selbsthilfe zur Verfügung stellen. Davon ist mindestens die Hälfte für die kassenartenübergreifende Gemeinschaftsförderung vorgesehen. Die restlichen Fördermittel verbleiben den Krankenkassen für die eigene Selbsthilfeförderung. Insgesamt werden die Krankenkassen in 2008 knapp 40 Millionen Euro für die gesundheitsbezogene Selbsthilfe zur Verfügung stellen, 10,7 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Seit Anfang 2008 wurde die Förderpraxis für gesundheitsbezogene Selbsthilfeeinrichtungen nämlich auf zwei Säulen gestellt. Neben der bisherigen krankenkassenspezifischen Förderung wurde neu die kassenartenübergreifende Gemeinschaftsförderung eingeführt. Neu ist auch, dass es sich nicht mehr um eine Soll-Regelung, sondern um eine Förderverpflichtung handelt. Mit der neuen Förderpraxis wurden neue Strukturen in Bund, Ländern und Kommunen geschaffen. In allen Regionen stehen feste Ansprechpartner für die Selbsthilfeeinrichtungen zur Verfügung, wo diese auch

Förderanträge stellen können. Neu ist auch, dass bei der Mittelverteilung aus der Gemeinschaftsförderung den Vertretungen der Selbsthilfe ein Mitberatungsrecht eingeräumt wird. Für die Selbsthilfeeinrichtungen mussten so legitimierte Vertretungsstrukturen etabliert werden.

*Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK), Frankfurter Straße 84, 53721 Siegburg, Telefon 02241 108-0, Fax 02241 108248, E-Mail [kontakt@vdak-aev.de](mailto:kontakt@vdak-aev.de), Internet <http://www.vdak-aev.de>*

### Staatliche Anerkennung für Sozialarbeiter darf keine Mogelpackung sein

Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) sieht in dem Beschluss der Ministerkonferenz zur Änderungen bei der staatlichen Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern keinen erwünschten Beitrag zur erforderlichen Qualitätssicherung, sondern einen Einstieg in die Abqualifizierung der Profession Soziale Arbeit. Acht Semester dauerte das bisherige Fachhochschulstudium der Sozialarbeiter. Darin enthalten waren zwölf Monate Praxis mit einer entsprechenden Prüfung. Dafür erhielten die Absolventinnen und Absolventen dann neben ihrem Diplom die »staatliche Anerkennung«. Dieses bis vor drei Jahren geltende Verfahren hat der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit unterstützt. Sozialarbeiter handeln oft in einer engen Beauftragung durch den Staat zwischen Hilfe und Kontrolle, und sie tragen eine erhebliche Verantwortung für die Menschen, mit und für die sie tätig werden. Aus diesem Grund ist im Sozialrecht ein Fachkräftegebot verankert worden. Bereits mit der Einführung der neuen Bachelorstudiengänge vor drei Jahren wurde die Praxisphase im Studium, die neben anderen Studienleistungen, Grundlage für die staatliche Anerkennung sind, auf sechs Monate verkürzt. Mitte 2008 hat die Konferenz der Jugend- und Familienminister nun beschlossen, sich zukünftig mit insgesamt 100 Praxistagen zu begnügen und die Anerkennung selbst vollständig den Hochschulen zu übertragen. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit fordert statt dessen Praxiserfahrung und Praxisprüfung bereits in der Ausbildung und ein nachfolgendes Verfahren

## Termine

**Soziale Arbeit als Akteur der Sozialpolitik.** 28. und 29. November 2008 in Jena. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V., Postfach 11 29, 74370 Sersheim, Telefon 07042 3948, Fax 07042 815540, E-Mail [info@dgsinfo.de](mailto:info@dgsinfo.de), Internet <http://www.deutsche-gesellschaft-fuer-soziale-arbeit.de>

»Über deutschen Haushalten kreist der Pleitegeier« 3. bundesweite Fachtagung Schuldnerberatung. 1. und 2. Dezember 2008 in Berlin. Teilnahmebeitrag 120,- Euro zuzüglich Übernachtung und Verpflegung. Bundesakademie für Kirche und Diakonie, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Telefon 030 48837-488, Fax 030 48837-300, E-Mail [info@bundesakademie-kd.de](mailto:info@bundesakademie-kd.de), Internet <http://www.bundesakademie-kd.de>

**Persönliches Budget – Rollenverständnis und Angebotsstrategien von Einrichtungen beruflicher Qualifizierung und Begleitung.** 3. bis 5. 12. Dezember 2009 in Stralsund. Seminargebühren: keine. Unterkunft und Verpflegung: ca. 150,- Euro. Reha-Akademie, Waldenburger Ring 44, 53119 Bonn, Telefon 0700 73422523, Fax 0700 73422522, E-Mail [info@reha-akademie.de](mailto:info@reha-akademie.de), Internet <http://www.reha-akademie.de>

**Kindesschutz: Das Modell der Kurzberatung zur Risikoeinschätzung.** Zweitägiges Methodenseminar. 8. und 9. Dezember 2008 in Essen. Kosten: 180,- Euro zuzüglich Hotelübernachtung (45,- Euro pro Person). Lüttringhaus, Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case Management (DGCC), Gervinusstraße 6, 45144 Essen, Telefon 0201 287914, Fax 0201 2720240, E-Mail [ml@luettringhaus.de](mailto:ml@luettringhaus.de), Internet <http://luettringhaus.de>

**Rechtsfragen bei der familialen Fremdunterbringung (Familienpflege, Adoption).** 26. Januar 2009 in Berlin. Teilnahmegebühr 125,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail [info@kbw.de](mailto:info@kbw.de), Internet <http://www.kbw.de>

**Professionelles Fallverstehen. Konzepte für familienunterstützende Dienste für unterschiedliche Einsätze und Situationen.** 28. bis 30. Januar 2009. Seminargebühr 260,- Euro inkl. Mittagessen und Pausenkaffee; zusätzlich buchbar: Abendessen, Übernachtung und Frühstück für 111,20 Euro. IN VIA Akademie im Meinwerk-Institut, Giersmauer 35, 33098 Paderborn, Telefon 05251 2908-39, Fax 05251 2908-68, E-Mail [info@meinwerk.de](mailto:info@meinwerk.de), Internet <http://www.meinwerk.de>

**Persönliches Budget – Erfahrungen in der praktischen Umsetzung von Eingliederungshilfe.** Was Leistungsanbieter wissen sollten. 9. Februar 2009 in Nürnberg. Teilnahmegebühr 125,- Euro. Kommunales Bildungswerk e. V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Telefon 030 293350-0, Fax 030 29335039, E-Mail [info@kbw.de](mailto:info@kbw.de), Internet <http://www.kbw.de>

**Praxisimpulse für die stationäre Jugendhilfe.** 13. und 14. März 2009 in Olten (Schweiz). Kosten 500,- Schweizer Franken. Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Riggbachstraße 16, 4600 Olten, Schweiz, Telefon 0041 84 8821011, Fax 0041 62 3119641, E-Mail [weiterbildung.soziale-arbeit@fhnw.ch](mailto:weiterbildung.soziale-arbeit@fhnw.ch), Internet <http://www.fhnw.ch/sozialearbeit/weiterbildung>

**Gesundheitsförderung und Prävention – individuelle Perspektive.** Zusatzausbildung (Certificate of Advanced Studies). Dauer: 8 Monate. Beginn: 30. März 2009 in Olten (Schweiz). Kosten 5.700,- Schweizer Franken. Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Riggbachstraße 16, 4600 Olten, Schweiz, Telefon 0041 84 8821011, Fax 0041 62 3119641, E-Mail [weiterbildung.soziale-arbeit@fhnw.ch](mailto:weiterbildung.soziale-arbeit@fhnw.ch), Internet <http://www.fhnw.ch/sozialearbeit/weiterbildung>

**Sozialwirtschaft – mehr als Wirtschaft? Steuerung – Finanzierung – Vernetzung.** 14. und 15. Mai 2009 in Magdeburg. 6. Kongress der Sozialwirtschaft. Kongress-Informationen: <http://www.kongress-der-sozialwirtschaft.de>. Anmeldung: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24089-0, Fax 030 24089134, E-Mail [info@bag-wohl-fahrt.de](mailto:info@bag-wohl-fahrt.de), Internet <http://www.bagfw.de>.

**Gerechtigkeit? Verantwortung? Sicherheit? Soziale Arbeit positioniert sich!** 7. Bundeskongress Soziale Arbeit. 24. bis 26. September 2009 in Dortmund. Organisationsbüro Bundeskongress Soziale Arbeit. TU Dortmund, Fakultät Erziehungswissenschaft und Soziologie, Emil-Figge-Straße 91, 44227 Dortmund, Telefon 0231 755-6065, Fax 0231 755-6225, E-Mail [buko09@fb12.uni-dortmund.de](mailto:buko09@fb12.uni-dortmund.de)

der Qualitätssicherung. Grundlage dafür muss, ähnlich wie in Österreich und Großbritannien, ein Berufsgesetz sein.

*Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V., Friedrich-Ebert-Straße 30, 45127 Essen, Telefon 0201 82078-0, E-Mail [info@dbsh.de](mailto:info@dbsh.de), Internet <http://www.dbsh.de>*

## Auf dem Weg zu guter Pflege- und Lebensqualität

Im vollstationären Bereich der Altenpflege ist seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 eine erhebliche Steigerung der Bewohnerschaft zu verzeichnen. Das ist ein Ergebnis der Langzeitstudie »Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung in vollstationären Einrichtungen« (MuG IV). Insgesamt lebten Ende 2005 rund 750.000 Menschen in vollstationär betriebenen Altenheimen. Die Zahl der Pflegebedürftigen in (vollstationären) Alteinrichtungen ist seit 1994 von 420.000 auf knapp 640.000 Bewohnerinnen und Bewohner und damit um 52 Prozent gestiegen. Die im Forschungsverbund um TNS Infratest München durchgeführte Befragung zeigt ein differenziertes Bild der heutigen vollstationären Pflegelandschaft. Befragt wurden dazu Pflegerinnen und Pfleger von insgesamt 4.229 Bewohnerinnen und Bewohnern aus 609 Alteinrichtungen in Deutschland. Weitere wichtige Befunde:

- Es gibt einen veränderten Hilfe- und Pflegebedarf. 85 Prozent (gegenüber 63 Prozent 1994) der Bewohnerinnen und Bewohner sind pflegebedürftig und beziehen Leistungen der Pflegeversicherung.
- Unterstützt von Familienangehörigen und Ehrenamtlichen gibt es – gegenüber der Erstuntersuchung 1994 – eine nachweisbare Abkehr von der Funktionspflege hin zur sogenannten Personensorge, die vielfach mit einfachen, aber wirksamen Konzepten auf die stattfindende Veränderung im Betreuungsbedarf reagiert und damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Pflege- und Lebensqualität leistet.
- Die Bewohnerinnen und Bewohner kommen – nicht zuletzt dank guter Konzepte im ambulanten Bereich und erfolgreicher Prävention – in durchschnittlich höherem Alter in die Einrichtungen.
- Ein deutliches Nachfrageplus nach Plätzen für kognitiv beeinträchtigte und in der Regel demenzkranke Personen

prägt maßgeblich die Entwicklungen im Bereich der vollstationären Altenhilfe.

- Die Einrichtungen haben auf diese Entwicklungen sehr differenziert und im Sinne einer individuellen Ausgestaltung der Heimumwelt reagiert.
- In der Ablauforganisation sind verstärkt Wohngruppenkonzepte mit Bezugspflege sowie mit spezifischen Betreuungsformen für Demenzerkrankte als Alternative zur klassischen Stationspflege vorzufinden.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Taubenstraße 42/43, 10117 Berlin, Telefon 030 20655-0, Fax 030 206551145, E-Mail [info@bmfsfj.bund.de](mailto:info@bmfsfj.bund.de), Internet <http://bmfsfj.de>



## Berliner »Experiment Treuhandverträge« geclückt

Das »Experiment Treuhandverträge« des Landes Berlin wird von allen Beteiligten als grundsätzlich sinnvoll und zweckmäßig eingestuft, so die Bilanz von Holger Backhaus-Maul und Thomas Groß von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Die beiden Wissenschaftler haben die Ergebnisse ihrer Studie über diese Verträge zwischen dem Land und Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege vorgelegt. Demnach wurde die Autonomie der Verbände gestärkt und die Qualität der erbrachten Leistungen verbesserte sich. Das Bundesland Berlin und die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin schließen seit rund zehn Jahren sogenannte »Treuhandverträge« über öffentlich geförderte Sozial- und Gesundheitsprojekte ab, mit denen die öf-

## Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

Bildung und Soziale Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2003</i>	Soziale Arbeit und Wohnungswirtschaft <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2007</i>
Menschen mit Behinderungen <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2003</i>	Stiftungen <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2007</i>
Familienpolitik, Familienhilfe <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2003</i>	Beratung <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2007</i>
Fachsozialarbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2003</i>	Krisendienste <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007</i>
Unternehmensführung in der Altenhilfe <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2003</i>	Schnittstellen der Jugendhilfe <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007</i>
Elementarerziehung <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2003</i>	Selbstständigkeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007</i>
Kommunale Sozialpolitik <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2004</i>	Kindertagesstätten <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008</i>
Case Management <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2004</i>	Jugendsozialarbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008</i>
Brennpunkte der Jugendhilfe <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2004</i>	Wohlfahrtsverbände Produktionsauftrag: zivilgesellschaftlicher Mehrwert <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008</i>
Ambulante Pflege <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2004</i>	Islam Kritische Kooperation erwünscht: Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008</i>
Interkulturelle Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2004</i>	Pflegeversicherung Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft: Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus? <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008</i>
Demografischer Wandel <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2005</i>	
Bildung <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2005</i>	
Bürgerengagement <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2005</i>	
Gemeindepsychiatrie <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2005</i>	
Standards Sozialer Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2005</i>	
Performanz – Wissen, was man tut, und zeigen, was man leistet <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2005</i>	
Wohngemeinschaften <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2006</i>	
Ausbildung in der Sozialen Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2006</i>	
Die Verortung Sozialer Arbeit <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2006</i>	
Wirtschaft <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2006</i>	
Das Persönliche Budget <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2006</i>	
Engagement als Ressource <i>Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2006</i>	

Der Jahresbezugspreis beträgt 58,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 29,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 11,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden bei: Nomos Verlagsgesellschaft, 76520 Baden-Baden, Telefon 07221 2104-39, Fax 07221 210443, E-Mail [hohmann@nomos.de](mailto:hohmann@nomos.de)



fentlichen Mittel und die fachpolitischen Entscheidungen über deren Einsatz an die Wohlfahrtsverbände übertragen wurden. Ein weiteres Ergebnis der Studie zeigt, dass sich das Rollenverständnis der Staats- und Verbandsakteure grundlegend gewandelt hat: Politische Einflussnahmen wurden zurückgedrängt und die Verbandsautonomie wurde gestärkt. Damit stelle sich jedoch die grundlegende Frage, so die Studie, ob Wohlfahrtsverbände überhaupt hinreichend legitimiert sind, um derart weit reichende sozial- und gesundheitspolitische Entscheidungen zu treffen. Auf jeden Fall aber mache die Untersuchung deutlich, dass es der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen ihrer wieder erlangten Autonomie – trotz einer restriktiven Budgetierung – gelungen ist, die Qualität der erbrachten öffentlichen Leistungen zu verbessern. Eine Zusammenfassung und eine Einschätzung der Studie wurde bereits in den Blättern der Wohlfahrtspflege 3/2008 veröffentlicht.

Holger Backhaus-Maul/Thomas Groß (2008): *Treuhandverträge in der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Berlin*. Universität Halle-Wittenberg, Halle 2008. 81 Seiten. 5,- Euro. ISBN: 978-3-86829-023-3.

**Kompendien**

für Studium, Praxis und Fortbildung

Fricke | Hoffmann | Kunkel | Söchtig

Kinder- und Jugendhilferecht

Fälle und Lösungen

3. Auflage

Nomos

### »Ideale Arbeitshilfe für die Kinder- und Jugendhilfe«

In der Neuauflage des Nomos-Buches »Kinder- und Jugendhilferecht« werden Alltagsfälle zum Kinder- und Jugendhilferecht aus der Praxis der Jugendämter vorgestellt und gelöst. Auf diese Weise soll juristisches Handlungswissen vermittelt werden. Das Buch umfasst 14 Übungs-

blätter zu verschiedenen Vorschriften des SGB VIII. Zuerst wird in der Regel auf entsprechende Kapitel in vier ausgewählten Kommentaren verwiesen, die für die Fallbearbeitung hilfreich sind. Danach folgt eine kurze Einführung in die Rechtslage. Anschließend werden Aufgaben zur jeweiligen Thematik formuliert oder konkrete Fälle beschrieben und dazu vom Leser zu beantwortende Fragen gestellt. In letzten Teil des jeweiligen Übungsblattes werden die Lösungen der Autoren präsentiert. Hier wird deutlich, dass sich viele Aufgaben und Praxisfälle nicht immer mühelos anhand des SGB VIII lösen lassen, da beispielsweise viele Rechtsbegriffe im Kinder- und Jugendhilferecht unbestimmt sind, es häufig noch an einschlägiger Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte mangelt oder zu bestimmten Problemen keine »herrschende Meinung« vorliegt. Deshalb gibt es oft mehrere akzeptable Lösungen. Das Buch ist eine ideale Arbeitshilfe für Studierende und Mitarbeiter im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Es empfiehlt sich, die Arbeitsblätter in einer Kleingruppe zu bearbeiten, zumal die bei vielen Fällen unklare Rechtslage zu einer lebhaften Diskussion führen wird.

Dr. Martin R. Textor, Würzburg

Astrid Fricke, Birgit Hoffmann, Peter-Christian Kunkel, Jürgen Söchtig: *Kinder- und Jugendhilferecht. Fälle und Lösungen*. 3. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008. 190 Seiten. 19,00 Euro. ISBN 978-3-8329-2756-1.

### Finanziellen Schwierigkeiten Hauptgrund in die Schwangerschaftsberatung

Von den 7.600 Frauen, die im vergangenen Jahr in die 15 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen im Bistum Münster kamen, nannten über 63 Prozent finanzielle Schwierigkeiten als Grund. Doch die Beraterinnen wissen, »dass dahinter als Ursache oder als Folge viele weitere und oft die eigentlichen Probleme stecken«, sagt Anne Ruhe, Referentin im Diözesancaritasverband Münster: Beziehungsschwierigkeiten, psychische Erschöpfung und gesundheitliche Probleme gehen oft eng einher mit den finanziellen Problemen. Die Vermittlung finanzieller Hilfen ist deshalb nur ein Teil der Unterstützung zur Linderung der aktuellen Notlage. Als viel wichtiger sieht sie, die Ursachen anzugehen. In einem Drittel der Fälle wurde der Kontakt zu

Behörden vermittelt und begleitet. Bei fast jeder dritten ratsuchenden Frau erwies es sich zudem als notwendig, den rechtlichen Anspruch auf Hilfe gegenüber Ämtern und Krankenkassen durchzusetzen. Immer mehr Frauen wenden sich zunächst online über das Internet an die Beraterinnen. Über die Eingabe der Postleitzahl bietet die Caritas unter der Adresse [www.beratung-caritas.de](http://www.beratung-caritas.de) einen direkten Kontakt zur nächstgelegenen Beratungsstelle an. Manchmal lässt sich das Problem direkt lösen, ansonsten wird ein Termin vereinbart für einen persönlichen Besuch.

Caritasverband für die Diözese Münster e. V. Kardinal-von-Galen-Ring 45, 48149 Münster, Telefon 0251 8901-0, Fax 0251 89014215, E-Mail [info@caritas-muenster.de](mailto:info@caritas-muenster.de), Internet <http://www.caritas-muenster.de>



### SOS-Kinderdorf in Second Life

Das SOS-Kinderdorf ist neuerdings auch in der virtuellen Welt »Second Life« (Internet <http://slurl.com>) vertreten. Auf der »Insel der Glücklichen Kindheit« können Besucher ihre schönsten Kindheitserinnerungen neu aufleben lassen und mit der virtuellen Gemeinschaft teilen. Second Life will auch sozialen Organisationen einen interaktiven Weg bieten, die Öffentlichkeit für ihre Anliegen zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Ziel des Internet-Auftritts von SOS-Kinderdorf ist es, Menschen auf eine interaktive Reise zu schicken, auf der sie unmittelbar erleben können, was eine glückliche Kindheit bedeutet. Mit dem Projekt will die Organisation ein neues Publikum erreichen und dieses für das Thema Kindheit sensibilisieren. Das Neuartige des Auftritts in Second Life ist, dass die Besucher der Insel keine vorproduzierten Aktivitäten zu nutzen bekommen. Vielmehr sollen die Gäste ihrer Kreativität freien Lauf lassen, um glückliche Erlebnisse aus ihrer Kindheit zu erschaffen, nochmals zu durchleben und mit anderen zu teilen. Des weiteren können die Besucher dazu

beitragen, heutigen Kindern wieder Hoffnung zu schenken – durch eine Spende oder die Übernahme einer Patenschaft. SOS-Kinderdorf ist eine unabhängige, nicht-staatliche soziale Entwicklungsorganisation, die verlassenen und verwaisenen Kindern in 132 Ländern und Territorien eine langfristige, familiennahe Betreuung bietet. Rund 70.000 Kinder und Jugendliche werden weltweit in 473 SOS-Kinderdörfern und 383 Jugendeinrichtungen betreut. Mehr als 139.000 Kinder und Jugendliche besuchen SOS-Hermann-Gmeiner-Schulen, SOS-Kindergärten und SOS-Berufsbildungszentren. Zusätzlich unterstützt die Organisation Familien mit materiellen, psychologischen und sozialen Leistungen. Rund 254.000 Menschen profitieren von den SOS-Sozialzentren, über 500.000 Menschen von medizinischen Zentren. In Krisen- und Katastrophensituationen hilft SOS-Kinderdorf mit Nothilfeprogrammen.

SOS-Kinderdorf e. V., Renatastraße 77,  
80639 München, Telefon 089 12606-0,  
Fax 089 12606419, E-Mail [info@sos-kinderdorf.de](mailto:info@sos-kinderdorf.de), Internet <http://www.sos-kinderdorf.de>

## Nordrhein-Westfalen: Rückgang der Ausgaben für die Heimerziehung

Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik an der Technischen Universität Dortmund hat zusammen mit den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen-Lippe den »HzE-Bericht 2008« mit Ergebnissen für das Feld der Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Die Veröffentlichung umfasst angefangen bei der Fallzahlen- und Ausgabenentwicklung über den Blick auf die aktuelle Gewährungspraxis und die Laufzeiten erzieherischer Hilfen bis hin zu einer Analyse der Personalsituation in den Hilfen zur Erziehung ein breites Themenspektrum. Der Bericht ist kostenlos auf den Webseiten der Landesjugendämter verfügbar ([www.jugendhilfeplanung.lvr.de](http://www.jugendhilfeplanung.lvr.de), [www.lwl.org/LWL/Jugend](http://www.lwl.org/LWL/Jugend)).

Technische Universität Dortmund, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Vogelpothsweg 78, 44227 Dortmund, Telefon 0231 755-5557, Fax 0231 755-5559, E-Mail [jpothmann@fk12.uni-dortmund.de](mailto:jpothmann@fk12.uni-dortmund.de) ♦

## Kennzahlen

*»Verlief die Verständigung zwischen Politik und Sozialarbeit früher über Sprache, so sind jetzt Zahlen und Kennziffern gefragt.«*

Dr. Hejo Manderscheid, Direktor des Diözesancharitasverbandes Limburg e. V.

### 4.509

Zahl der Kinder und Jugendlichen, die im Jahre 2007 in Deutschland adoptiert wurden

### 228

Ausgaben in Euro, die im Jahre 2007 in Deutschland durchschnittlich je Einwohner für Sozialhilfeleistungen ausgegeben wurden (Vorjahr: 220 Euro)

### 16.000

Wasserverbrauch in Litern zur Produktion eines Kilogramm Rindfleisches

### 721.345

Zahl der Menschen, die in Deutschland am 31. Dezember 2007 nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz beschäftigt waren (»Leiharbeit«)

### 64,41

Durchschnittliche Nettoeinkunft in Euro eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers in Deutschland von 100 Euro Bruttoverdienst (Stand 2006)

### 77

Zahl der Kinder, die deutsche Jugendämter im Jahre 2006 täglich »in Obhut« nahmen (nach § 42 Abs. 1 SGB VIII)

### 6.918.172.000

Zahl schwerbehinderter Menschen in Deutschland (Stichtag: 31. Dezember 2007)